

Stabilitätspakt soll gelockert werden

Der Bundesregierung winken weichere Regeln, wenn sie mehr Geld an Brüssel zahlt

Brüssel – Deutschland und Frankreich können mit der erwünschten Lockerung des Euro-Stabilitätspakts rechnen, wenn sie zu höheren Beiträgen an die EU-Kasse bereit sind. Dies zeichnet sich zu Beginn der luxemburgischen Ratspräsidentschaft ab, die den EU-Finanzpoker mit der Reform der Währungsunion verbinden will.

Von Alexander Hagelüken

Jean-Claude Juncker verlangt sich viel ab. Mag sein Arbeitspensum als europäischer Ratspräsident im nächsten halben Jahr noch so groß sein, er legt sich Disziplin auf. Während der luxemburgische Premier früher 60 bis 80 Zigaretten täglich rauchte, gestattet er sich derzeit nur zehn Stück. Abgezählt liegen sie in seinem Etui. Raucht er morgens zu viele davon, muss er abends verzichten.

Ein Regiment so streng wie jenes, das sich Juncker und andere Politiker in den neunziger Jahren für die Haushalte der Eurozone ausdachten: Wer in einem Jahr zu viel ausgibt, soll im nächsten eisern sparen. Doch während Juncker gegen sich als Raucher hart bleibt, will er den nationalen Finanzministern mehr Freiraum geben.

Der Luxemburger ist als Europas Moderator zu einer Reform des Stabilitätspakts bereit, die die Defizitgrenze von drei Prozent der Wirtschaftsleistung lockern würde - und will dadurch eine Einigung über die künftige Finanzierung des EU-Haushalts von heute 100 Milliarden Euro im Jahr befördern. Denn genau jene Regierungen, die auf einen weicheren Pakt drängen – Berlin und Paris –, blockieren die von vielen Staaten gewollte große Ausweitung der EU-Ausgaben in der nächsten Finanzperiode ab 2007.

Handel zu Lasten Dritter

Während der Luxemburger Premier seine Pläne naturgemäß nicht öffentlich ausbreitet, glauben konservative Europaabgeordnete die Strategie zu kennen: "Juncker plant eine Lösung zu Lasten künftiger Steuerzahler", ist sich der CSU-Parlamentarier Alexander Radwan sicher. Der Ratsvorsitzende habe Deutschland und Frankreich zu verstehen gegeben, dass sie nur unter einer Bedingung mit einer Reform des Stabilitätspakts auf dem Europäischen Gipfel im März rechnen dürfen – wenn sie intern deutlich von der Forderung abrücken, das Brüsseler Budget auf dem heutigen Niveau von einem Prozent der Wirtschaftsleistung einzufrieren. "Das passt zu Juncker", urteilt sein Parteifreund Werner Langen (CDU), "er jongliert gerne zwischen den beiden größten EU-Staaten und sucht nach Lösungen".

Das neue Euro-Regime könnte Berlin und Paris, die seit 2002 ununterbrochen gegen die Drei-Prozent-Grenze verstoßen, lästige Haushaltsmahnungen aus Brüssel ersparen. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) legt besonderen Wert darauf, im Wahljahr 2006 von Kritik an seinem Finanzgebaren verschont zu werden. Schröder fordert, dass künftig Deutschlands Status als EU-Nettozahler oder hohe Ausgaben für Bildung und Forschung positiv berücksichtigt werden, wenn das Land ein zu hohes Defizit produziert.

Juncker ist zwar dagegen, schon bei der offiziellen Berechnung des Budgetlochs durch Brüssel ganze Haushaltsblöcke wie EU-Zahlungen oder Forschungsausgaben abzuziehen. Er will solche Positionen aber berücksichtigen, nachdem ein Verfahren wegen übermäßigen Defizites gestartet wurde – die Bestrafung von Defizitsündern, für die der Pakt Geldbußen von bis zu zehn Milliarden Euro vorsieht, rückt damit in weite Ferne.

Öffentlich hat Juncker bereits eingeräumt, er sehe durchaus "Verbindungsstränge zwischen Stabilitätspakt und der Finanzplanung". Der CDU-Europaabgeordnete Andreas Schwab lehnt ein solches Koppelgeschäft strikt ab. "Das ist ein unmoralischer Weg, der die junge Generation unerträglich belastet". Sein Kollege Radwan sekundiert: "Wenn die Mitgliedsstaaten mehr Schulden machen dürfen und die Nettozahler auch noch höhere EU-Beiträge leisten müssen, verlieren die Bundesbürger doppelt".